

NATO

Fact Sheet #21
Februar 2026

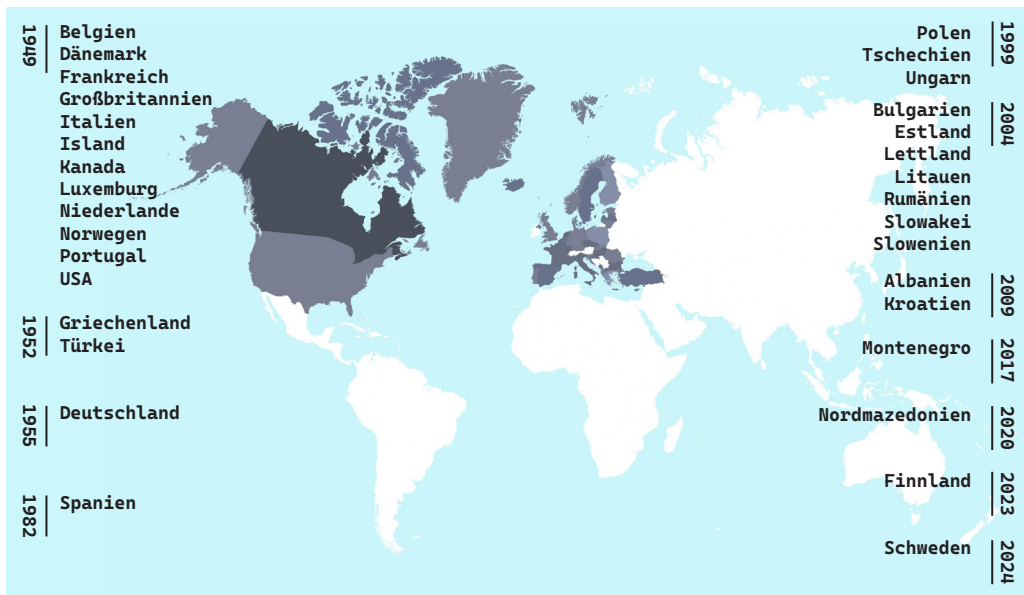
DIE NATO

Die NATO steht für „North Atlantic Treaty Organization“. Sie ist ein **Verteidigungsbündnis** von 32 europäischen und nordamerikanischen Staaten. Die NATO ist aber nicht nur eine militärische Allianz, mit dem Ziel der Erhaltung des Friedens und der Sicherheit. Sie ist auch ein politisches Bündnis, das sich für die gemeinsamen

demokratischen Werte und Grundrechte einsetzt.

GRÜNDUNG:

Am 4. April 1949 gründeten 12 Staaten die NATO, darunter auch Luxemburg. Ziel des Bündnisses war, einer Ausbreitung der Sowjetunion besonders in Osteuropa gemeinsam entgegenzuwirken.



Mitgliedstaaten der NATO mit Beitrittsjahr (@ZpB, Quelle:nato.int)

VERTEIDIGUNG DURCH ABSCHRECKUNG

Die NATO möchte durch Zusammenhalt und ein fähiges Militär potenzielle Angreifer abschrecken, so dass es gar nicht erst zu einem bewaffneten Konflikt kommt.

Diese Abschreckung kann nur funktionieren, wenn die Mitglieder der Allianz geschlossen zusammenhalten.

Alle Mitglieder haben sich verpflichtet, den anderen Mitgliedern beizustehen, wenn diese angegriffen werden.

Artikel 5 des NATO-Vertrags:

Artikel 5 garantiert diesen Zusammenhalt: Ein Angriff auf ein Mitglied wird als Angriff auf alle Mitglieder gesehen. Die NATO-Staaten beraten sich in dem Fall über das Ausmaß der Hilfe zur Verteidigung.

Der Artikel 5 (oder auch „Beistandsklausel“) wird nicht automatisch aktiviert, wenn ein Land angegriffen wird. Das angegriffene Land muss ihn ausrufen. Auch wenn die Mitglieder sich gemeinsam beraten, entscheidet am Ende jedes Land selbst, ob und wie es dem angegriffenen Bündnispartner beisteht.

Artikel 5 gilt nur defensiv, also im Falle eines Verteidigungskrieges. Artikel 5 wurde bislang nur nach den Terroranschlägen am 11. September 2001 auf die USA ausgerufen.



AUSGABEN / FINANZIERUNG

Die NATO hat keine „eigene“ Armee: Sie ist ein Bündnis, das aus den einzelnen Armeen der Mitgliedsstaaten besteht. Das Prinzip der fairen Lastenteilung stellt dabei sicher, dass jedes Mitglied seinen Beitrag leistet. Deshalb soll jeder Staat einen bestimmten Prozentsatz seines Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung ausgeben. Im Juli 2025 haben die 32 Alliierte sich neue Ziele gesetzt: bis 2035 sollen 3,5% in rein militärische Ausgaben und 1,5% in Infrastrukturen, Sicherheit und Resilienz investiert werden. Jedes Land investiert also in seine **eigenen militärischen Fähigkeiten**, um seinen fairen Beitrag zu leisten.¹

LUXEMBURG IN DER NATO

Luxemburg ist einer der 12 Gründerstaaten der NATO. Das Großherzogtum ist zwar ein kleines Land, leistet aber in anderen Kernaufgaben wichtige Beiträge zur NATO, z.B. bei der Satellitenkommunikation. In Luxemburg befindet sich auch das Hauptquartier einer NATO-Organisation (NSPA), welche sich zum Beispiel um Logistik und Beschaffungen der Allianz kümmert.



Piloten der Luxemburgisch-Belgischen binationalen Lufteinheit im Cockpit des A400M Transportflugzeugs. © Armée luxembourgeoise

ZEITENWENDE 2022

Im Februar 2022 griff Russland die Ukraine an. Dieser völkerrechtswidrige Krieg führte in der NATO zu einer „Zeitenwende“: Viele NATO-Staaten hatten seit dem Ende des Kalten Krieges stark abgerüstet und immer weniger in ihre Verteidigung investiert. Viele Staaten haben zum Beispiel die Wehrpflicht abgeschafft. Jetzt ist das Verteidigungs- und Abschreckungspotenzial der NATO in den Augen vieler Mitgliedsstaaten nicht mehr ausreichend, um auf



Luftaufnahme des NSPA-Geländes in Capellen aus dem Jahr 2023 © Google Earth

aktuelle Bedrohungen reagieren zu können.

Deshalb finden nun Bemühungen statt, die militärischen Fähigkeiten auszubauen und Zusammenarbeit weiter anzukurbeln, um eine wirkungsvolle Abschreckung zu garantieren.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Zentrum fir politesch Bildung
fondation d'utilité publique
138, Boulevard de la Pétrusse
L-2330 Luxembourg
R.C.S.L. N°6236
www.zpb.lu



ISSN: 3082-9348

Autor: Robin Garganese

QUELLEN



Weiterführendes Material:



[DB13 Aussepolitik](#)



[FactSheet Armees](#)

¹ Ausnahme für Luxemburg: Der prozentuale Beitrag Luxemburgs wird anhand des Bruttonationaleinkommens (BNE) berechnet, nicht wie für die anderen Mitglieder am Bruttoinlandsprodukt (BIP).